Jugend durchleuchtet den Militär-/Kriegsdienst und zieht Konsequenzen

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-141777

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Finanzierung und unsere Industrie (Brown Boveri) durch Lieferungen in die Lücke springen würden.

Es sollte in der Schweiz, deren nichtkatholische Kirchen ja auch Mitglieder des Weltrates der Kirchen sind, wohl etwas mehr für das Bekanntwerden dieser Empfehlungen, auch durch die einzelnen Kirchgemeinden, getan werden. Es gibt gewiss noch viele Christen, die um des höheren Zinses willen — oft ahnungslos — ihr Geld in südafrikanischen Unternehmen anlegen.

Über die Hintergründe des Projektes Cabora-Bassa können wir vielleicht in der nächsten Nummer einen ausführlichen Bericht bringen. *B. Wicke*

Jugend durchleuchtet den Militär-/Kriegsdienst und zieht Konsequenzen

Der Kongress «Jugend gegen Kriegsdienst», der vom 16. bis 18. Mai 1970 im Essener Saalbau tagte, wurde Pfingstmontag mit einer gemeinsamen Abschlusserklärung des Plenums erfolgreich beendet. Über 1000 Kriegsdienstgegner aus allen Teilen der Bundesrepublik und unterschiedlicher ideologischer Herkunft — konfessionell, gewerkschaftlich, pazifistisch, sozialistisch — nahmen an ihm teil. Diese Teilnehmerzahl ist um so höher zu bewerten, als es sich um einen Kongress handelte, der von Anfang bis Ende durch intensive Diskussion um aktuelle politische Problematik geprägt war. Es kann festgestellt werden, dass dieser erste Versuch, der antimilitaristischen Jugend in ihren unterschiedlichen Gruppierungen ein Forum zu umfassender Kommunikation und Koordination durch gemeinsame, zielgerichtete Diskussion zu schaffen, vollauf geglückt ist. Dies kommt wohl am deutlichsten auch in dem Beschluss der Teilnehmer zum Ausdruck, den Kongress «Jugend gegen Kriegsdienst» zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Die Bundesgeschäftsstelle der DFG-IDK wurde beauftragt, dazu alle organisatorischen Vorbereitungen zu treffen.

Abschlusserklärung

Die nachstehende Abschlusserklärung gibt die gemeinsamen Vorstellungen aller Projektgruppen wieder. Sie wurde von den Teilnehmern nach eingehender Diskussion im Plenum als Gesamtaussage des Kongresses beschlossen:

Jede Kriegsdienstverweigerung ist eine politisch relevante Entscheidung. Jedoch genügt die individuelle Verweigerung allein nicht zur Abschaffung der Militärapparate. Deshalb muss jeder Kriegsdienstverweigerer aktiv politisch handeln.

Die Verwirklichung der Pläne des Verteidigungsministers Helmut Schmidt zur Schaffung einer Berufsarmee, gekoppelt an ein Milizsystem auf Wehrpflichtbasis, ferner die Einberufung auch der beschränkt Tauglichen, würde zu einer verstärkten Aufrüstung und Militarisierung in der Bundesrepublik führen.

Die Bundeswehr ist in keiner denkbaren Kriegssituation in der Lage, den ihr gestellten militärischen Auftrag zu erfüllen. Die Behauptung, Sicherheit durch Abschreckung zu produzieren, ist eine Zwecklüge. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Bundeswehr.

Sollte das nicht geschehen, so muss sich der Verdacht verstärken, dass auf Grund der verabschiedeten Notstandsgesetze der Bundeswehr nur die Funktion einer Bürgerkriegsarmee mit dem Auftrag zukommt, die Besitz- und Herrschaftsverhältnisse zu garantieren. Die Öffentlichkeit muss über die damit verbundenen Gefahren aufgeklärt werden.

Die immer stärkere Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen bedeutet eine Monopolisierung der Grossindustrie, insbesondere aber der Rüstungsindustrie. Obwohl militärische Verteidigung nicht mehr möglich ist, wird die Hochrüstung im Interesse des Grosskapitals vorangetrieben, wobei der Bevölkerung vorgetäuscht wird, dass dies für die Sicherheit notwendig sei.

Mit allen Mitteln versucht das Kapital, insbesondere durch Massenmedien und Erziehung, die eigenen Profitinteressen als Interessen des Gemeinwohls hinzustellen. Die SPD/FDP-Regierung hat bisher noch keinen Schritt unternommen, um die Macht des Monopolkapitals zurückzudrängen.

Die Bundesrepublik muss abrüsten, um die allgemeine Abrüstung einzuleiten. Die Konzeption des gewaltfreien Kampfes zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte soll erforscht werden.

Der Kongress fordert die Abschaffung des Anerkennungsverfahrens für alle Kriegsdienstverweigerer, weil dieses Verfahren das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu einem Ausnahmerecht degradiert und den Kriegsdienstgegner diskriminiert.

Der Kongress fordert, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in allen Staaten gesetzlich verankert und von den Vereinten Nationen in den Katalog der allgemeinen Menschenrechte aufgenommen wird. Er fordert die sofortige Freilassung der inhaftierten Kriegsdienstgegner.

Der zivile Ersatzdienst ist unbrauchbar. Notwendig ist die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden und die Verwirklichung eines Friedensdienstes, der Veränderungen der Gesellschaft bewirkt. Für beides hat der Kongress konkrete Modelle entwickelt.

Friedensforschung darf nicht der Stabilisierung der Abschreckungssysteme dienen. Sie muss sich auf die Überwindung «organisierter Friedlosigkeit» und auf die Entwicklung von Handlungsmodellen für nichtmilitärische Konfliktlösungen konzentrieren.

Der Kongress beschliesst, ein Komitee «Jugend gegen Kriegsdienst» zu bilden mit dem Ziel, die Arbeit aller Kriegsdienstgegner zu koordinieren und Kontakt zu antimilitärischen Gruppen im In- und Ausland aufzunehmen, um die hier erhobenen Forderungen in die Tat umzusetzen.

Aus «Courage», Köln, Nr. 5/6, 1970.

Nachschrift: Dem Unterzeichneten ist in der Schweiz kein Presseerzeugnis bekannt geworden, welches von diesem hochbedeutsamen Kongress berichtet hätte. So frei ist die «freie Information» anscheinend doch nicht in einem Lande, in welchem der Militarismus mit einem Gesamtverteidigungsplan die allgemeine Militarisierung durchdrücken will. Um so mehr tut uns eine freie Information not. Möge sie mithelfen, in der Schweiz glimmende Dochte zu hellem Feuer der Erkenntnis und der Taten zu entflammen. *Willi Kobe*